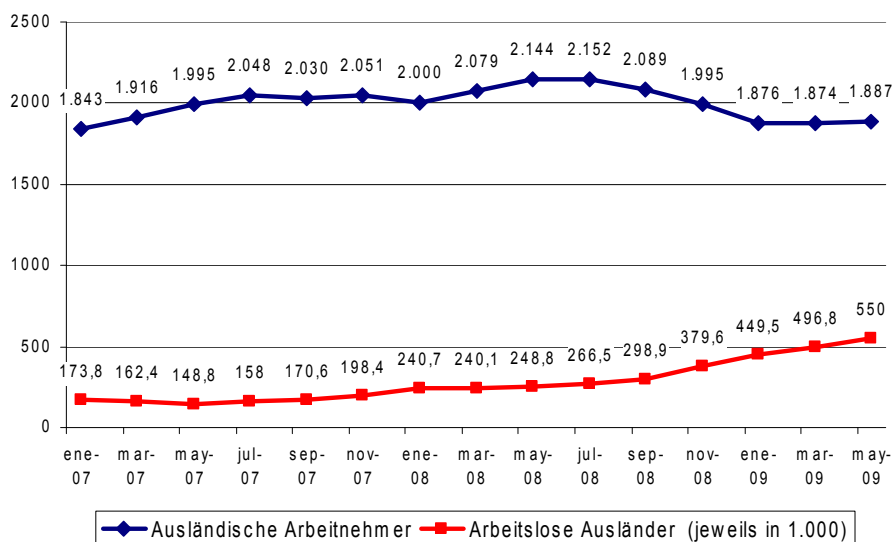


■ **TROTZ ANSTIEGS DER ZAHL DER ARBEITSLOSEN ZEIGEN AUSLÄNDER GERINGE RÜCKKEHRBEREITSCHAFT**

Nachdem die Einwanderer in den zurückliegenden Jahren entscheidend zum Wirtschaftswachstum beigetragen haben, sind sie nun erheblich vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen. Obwohl sie sich im Vergleich zur einheimischen Bevölkerung durch eine höhere Mobilität innerhalb Spaniens und mehr Flexibilität bei der Arbeitssuche auszeichnen, ist die Arbeitslosenquote der Ausländer auf 28,4 % (Spanier: 15,2 %) bzw. ca. eine halbe Million gestiegen. In Katalonien liegt sie bereits über der Marke von 30 %. Dennoch haben sich von September 2008 bis zum 15. April 2009 nur 4.617 Personen das Angebot des Ministeriums für Arbeit und Migration zunutze gemacht, sich das zustehende Arbeitslosengeld auszahlen zu lassen und freiwillig in die Heimatländer zurückzukehren. Offensichtlich hoffen Einwanderer, die ihren Job verloren haben, noch während der Dauer des Bezugs von Arbeitslosengeld auf eine Erholung der Wirtschaft und eine neue Beschäftigungsmöglichkeit. Andererseits sehen sie oftmals in ihren armen Heimatländern keine Perspektive für sich. Experten gehen jedoch davon aus, dass die tatsächliche Zahl der Rückkehrer sehr viel höher ist und viele Einwanderer in ihr Land zurückgekehrt sind, ohne die Hilfe in Anspruch zu nehmen.

Entwicklung der Zahl der ausländischen Arbeitnehmer und der ausländischen Arbeitslosen (2007-2009)



Der Minister für Arbeit und Migration, Celestino Corbacho, hat angekündigt, dass nun auch die Rückkehr von rumänischen und bulgarischen Staatsbürgern in ihre Herkunftsländer gefördert werden soll, hierfür könnten auch EU-Fonds in Betracht kommen. Gegenwärtig leben in Spanien ca. 720.000 Rumänen (inoffiziell möglicherweise über eine Million), von denen über 70.000 arbeitslos sind (Dezember 2008: 40.000). Zielgruppe einer Rückkehrförderung sind zunächst ca. 30.000 Rumänen, die arbeitslos sind und kein Anrecht auf Arbeitslosengeld (mehr) haben. Staatsbürger der EU sind von der bereits bestehenden Rückkehrförderung ausgeschlossen, denn im Gegenzug einer Auszahlung des zustehenden Arbeitslosengelds verpflichten sich die Rückkehrwilligen, in den folgenden drei Jahren nicht wieder nach Spanien einzuwandern, was der Freizügigkeit innerhalb der EU widerspricht.

Weitere Informationen: http://www.inem.es/inem/ciudadano/prestaciones/retorno_extranjero.html

■ **MINISTERPRÄSIDENT ZAPATERO KÜNDIGT 11 NEUE KONJUNKTURMASSNAHMEN AN**

Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero hat elf neue Maßnahmen angekündigt, um die Wirtschaft anzukurbeln. Ziel ist, den Abbau von Arbeitsplätzen zu stoppen und die Erholung der Wirtschaft durch ein neues Wachstumsmodell einzuleiten. Zu diesem Zweck sollen KMU mit weniger als 25 Mitarbeitern und einem Umsatz unter 5 Millionen Euro während der ersten drei Geschäftsjahre um fünf Prozentpunkte steuerlich entlastet werden, falls die Zahl der Mitarbeiter zum 31. Dezember 2009 im Vergleich zu 2008 gleich geblieben oder gestiegen ist. Unter der gleichen Bedingung soll eine Entlastung im Jahr 2010 möglich sein. Außerdem können von dieser Entlastung Selbständige profitieren, die bestehende Beschäftigungsverhältnisse beibehalten. Ein weiteres Element der neuen Maßnahmen ist die modifizierte Absetzbarkeit des Kaufpreises eines Eigenheimes von der Einkommenssteuer. Ab einem bestimmten Einkommen verringert sich die Absetzbarkeit linear und

entfällt gänzlich ab einem noch zu bestimmenden Abkommen. Auch Mieter werden ihre Kosten entsprechend von den Steuern absetzen können. Die Vermietung von Immobilien soll ebenfalls gefördert werden. Bis zu 60 % (falls der Vermieter jünger als 30 ist: bis zu 100 %) der Einkünfte aus Vermietungen werden steuerfrei bleiben. Dadurch soll der Leerstand von Immobilien verringert werden. Der Automobilsektor wird dadurch unterstützt werden, dass jeder Käufer eines neuen Fahrzeugs ab dem 1. Juni 2.000 Euro als Direkthilfe erhält: 500 Euro steuert die Zentralregierung bei, weitere 500 Euro die Autonomen Gemeinschaften und die restlichen 1.000 Euro die Automobilindustrie. Weiterhin ist im Rahmen eines neu aufgelegten Plans „VIVE“ die Unterstützung des Kaufs von bis zu 2.000 neuen Bussen vorgesehen. Die neuen Fahrzeuge müssen bestimmte Kriterien erfüllen und sollen Busse ersetzen, die älter als zehn Jahre sind.

Um nachhaltiges Wirtschaften zu fördern richtet die Regierung in den Jahren 2009/2010 einen Fonds in Höhe von 20 Mrd. Euro ein, in den öffentliche und private Gelder einfließen. Zusätzlich soll im Haushalt für das Jahr 2010 ein Fonds für lokale Investitionen (5 Mrd. Euro) enthalten sein, durch den umweltschonende und nachhaltige Projekte sowie die Verbesserung der Betreuung von Pflegebedürftigen finanziert werden sollen.

Besondere Bedeutung misst Ministerpräsident Zapatero einem neuen Wachstumsmodells auch für den Bildungsbereich bei. Angestrebt wird, die Zahl der Schulabbrecher zu senken, den Plan „Educa3“ so fortzuführen, dass im Jahr 2012 allen Kindern von 0-3 Jahren ein Platz in einer Betreuungseinrichtung angeboten werden kann, sowie die Reform der Berufsausbildung zum Abschluss zu bringen. Ferner wurden Initiativen vorgestellt, die Klassenräume ab dem nächsten Schuljahr mit digitalen Tafeln und W-LAN auszustatten und zu gewährleisten, dass jeder Schüler über ein eigenes Notebook verfügt. Als erster Schritt sollen über 420.000 Schüler der fünften Klasse ein Notebook erhalten. Nach und nach sollen alle Schüler der Mittel- und Oberstufe mit Notebooks ausgestattet werden. Eine weitere Initiative betrifft Hochschulabsolventen, die offiziell arbeitslos sind und Anspruch auf Leistungen haben. Ihnen soll ermöglicht werden, einen weiteren Master-Abschluss zu machen oder sich während der Wirtschaftskrise anderweitig fortzubilden. Den staatlichen Universitäten sollen 70 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden, um arbeitslosen Akademikern zwischen 25 und 40 eine kostenlose Immatrikulation zu gewähren.

Andererseits kündigte Zapatero Sparmaßnahmen an. Während bereits für das Jahr 2009 im Haushalt eine deutliche Senkung der Ausgaben durch eine rigidere Ausschreibung von Stellen im öffentlichen Dienst, eine Senkung laufender Kosten und die Einfrierung von Spitzgehältern stattfand, wurde im Februar bereits eine zusätzliche Einsparung von 1,5 Mrd. Euro erreicht. Nun soll eine weitere Milliarde eingespart werden, so dass im Jahr 2009 insgesamt 2,5 Mrd. Euro eingespart werden.

Weitere Informationen: <http://www.la-moncloa.es:80/ActualidadHome/2009/120509DebateEstado.htm>

■ SPANIEN UND UKRAINE UNTERZEICHNEN ABKOMMEN ÜBER ARBEITSMIGRATION

Die Regierungen Spaniens und der Ukraine, vertreten durch den Minister für Arbeit und Migration Celestino Corbacho und den kommissarischen Außenminister der Ukraine Wolodymyr Chandohij, haben ein bilaterales Abkommen über die Entsendung von Arbeitskräften unterzeichnet. Vereinbart wurde, dass spanische bzw. ukrainische Staatsangehörige im jeweiligen anderen Land arbeiten dürfen, wenn die Voraussetzungen für eine Arbeitsaufnahme vorliegen, ein Arbeitsvertrag unterzeichnet wurde und folgende Bedingungen erfüllt sind:

- Feste Arbeit von mindestens einem Jahr, gemäß dem als zu besetzende Stellen ausgeschriebenen Kontingent
- Saisonarbeit über höchstens neun Monate, gemäß dem als zu besetzende Stellen ausgeschriebenen Kontingent
- Absolvierung von zwölfmonatigen Praktika für Personen von 18 bis 35, zwecks Ergänzung von Berufsqualifikationen und Fremdsprachenkenntnissen, verlängierbar um sechs Monate

In den an das Entsendeland übermittelten entsprechenden Angeboten werden der Wirtschaftsbereich, die Region, die konkrete Arbeit, die Dauer des Arbeitsvertrags und weitere allgemeine Informationen zu den Arbeitsbedingungen angegeben. Im Herkunftsland finden eine Vorauswahl der Bewerber durch eine Kommission sowie die Unterzeichnung der Arbeitsverträge statt.

Weitere Informationen: <http://www.tt.mtin.es/periodico/inmigracion/200905/INM20090512.htm>

■ VERBRAUCHERPREISINDEX SINKT UM 0,2 %, TARIFABSCHLÜSSE LIEGEN BEI DURCHSCHNITTLICH 2,67 %

Nach Angaben des Ministeriums für Arbeit und Migration wurde in den bis April abgeschlossenen Tarifverhandlungen durchschnittlich eine Anhebung der Löhne um 2,67 % vereinbart, 0,76% Prozentpunkte weniger als im entsprechenden Zeitraum des Jahres 2008 (3,43 %). Demgegenüber sind die Verbraucherpreise im April gegenüber April 2008 nach vorläufigen Berechnungen um 0,2 % gesunken. Bereits im ersten Monat des Jahres trat mit Tarifabschlüssen unter 3 % eine deutliche Mäßigung ein. Während der ersten vier Monate dieses Jahres wurden 3.037 Tarifverträge für 6,7 Millionen Beschäftigte (davon 780 Branchentarifverträge für 6,2 Mill. Beschäftigte) mit einem durchschnittlichen Arbeitsvolumen von 1.756,2 Stunden im Jahr abgeschlossen. Mit Verweis auf die negative Inflation und voraussichtlich weiter sinkende Verbraucherpreise hat der Arbeitgeberverband CEOE gefordert, diese in den ausstehenden Tarifverhandlungen zu

berücksichtigen. Gewerkschaftsvertreter warnen jedoch vor niedrigen Lohnabschlüssen, da diese die Binnennachfrage zusätzlich belasten würden.

Nach Berechnungen der spanischen Sparkassenstiftung FUNCAS werden die negativen Inflationsraten im Juli mit voraussichtlich -1,2 % ihren Tiefpunkt erreichen. Ab Oktober wird die Inflation wieder über einem Prozent liegen und Ende des Jahres +1,3 % erreichen. Die Grundinflation, die die Entwicklung der Verbraucherpreise ohne Berücksichtigung der stark schwankenden Elemente (Energie, nicht verarbeitete Nahrungsmittel) widerspiegelt, lag im April unverändert bei +1,3 %. Aus diesem Grund ist FUNCAS der Ansicht, dass von einer Deflation derzeit keine Rede sein kann.

Weitere Informationen: http://www.funcas.es/indicadores/Coyuntura_Nacional_Internacional.asp
<http://www.la-moncloa.es/ServiciosdePrensa/NotasPrensa/MINECO/ 2009/>